

Niederschrift zur 37. Sitzung des Beirates am Donnerstag, den 19. Februar um 19.00 Uhr im Sitzungssaal des Gustav-Heinemann-Bürgerhauses, Kirchheide 49, 28757 Bremen

Beginn: 19.00 Uhr
Ende: 21.45 Uhr

Vorsitzende: OAL Herr Dornstedt
Schriftführerin: Frau Kolossa

Einzigiger Tagesordnungspunkt:

Künftige Ausrichtung medizinischer Leistungsangebote am Klinikum Bremen-Nord

Anwesende Mitglieder des Beirates Vegesack:

Beringer, Volker
Buchholz, Rainer
Degenhard, Cord
Frenzel, Greta
Jäckel, Gabriele
Keßenich, Gundram
Kiener, Günter
Kurt, Sabri
Pörschke, Thomas
Riebau, Joachim
Sprehe, Heike
Sulimma, Wilfried
Tienken, Volker
Sonnekalb, Ralf

Nicht anwesend:

Scharf, Detlef - entschuldigt

Anwesende Mitglieder des Beirates Blumenthal:

Geis, Peter
Klingenberg, Dennis
Klinkmüller, Grete
Kröger-Schurr, Gabriele
Krohne, Anke
Nieschlag, Karen
Pfaff, Andreas
Schupp, Alex
Schurr, Eike
Schwarz, Ralf
Thormeier, Hans-Gerd
Zimmermann, Gisela

Nicht anwesend:

Böcker, Heiner - entschuldigt
Christdahl, Nils - entschuldigt
Humpe, Sascha
Stitz, Helma - entschuldigt

Anwesende Mitglieder des Beirates Burglesum

Hennig, Reinhard
Lauterbach-Wenig, Iris
Köhlitz, Birgit
Kurpjuhn, Richard
Strausdat, Axel
Strecker, Bodo
Punkenburg, Barbara
Friesen, Ewald
Müller-Lang, Agnes
Rath, Frank

Nicht anwesend:

Große-Lindemann, Heinrich - entschuldigt
Hornhues, Bettina - entschuldigt
Dr. Schmidtman, Hagen - entschuldigt
Tegtmeier, Rainer - entschuldigt
Schnaubelt, Ulrike - entschuldigt

Sonstige Teilnehmer:

Herr Senator Dr. Schulte-Sasse - Senator für Gesundheit
Herr Staatsrat Härtl - Senator für Gesundheit
Frau Dervedde - Geschäftsführerin der Gesundheit Nord
Herrn Glasmeyer - Geschäftsführer Klinikum Bremen-Nord
Frau Goecke - Ärztenetz Bremen-Nord
Herr Rudolf - Ärztenetz Bremen-Nord
Herr Boehlke - Ortsamtsleiter Burglesum
Herrn Nowack - Ortsamtsleiter Blumenthal

Der Vorsitzende eröffnet die gemeinsame Sitzung der Beiräte Blumenthal, Burglesum und Vegesack und begrüßt die anwesenden Gäste. Er weist darauf hin, dass die Sitzung gemeinsam von den Ortsamtsleitern Blumenthal, Burglesum und Vegesack geleitet wird. Weiter stellt er fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugegangen ist.

Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor. Somit ist die Tagesordnung wie vorliegend genehmigt. Er teilt mit, dass für die heutige Sitzung folgende Anträge vorliegen:

- ein gemeinsamer Antrag von SPD und CDU und zwar gleichlautend aus Blumenthal, Burglesum Vegesack
- ein Antrag der FDP aus Vegesack und Burglesum
- ein Antrag und eine Anfrage von den Linken aus Blumenthal und Burglesum.

Einleitend führt er aus, dass das Klinikum Bremen-Nord der stationäre Gesundheitsdienstleister für Bremen-Nord mit knapp 110 000 Einwohnern und dem niedersächsischen Umland ist und in den letzten Jahren geprägt war durch einige Umorganisationen.

Beispielhaft aufgeführt sei, dass die Neonatologie herausgelöst wurde und in das Klinikum Mitte integriert worden ist. Kommunalpolitik und Bevölkerung hatten sich seinerzeit vehement dagegen gewehrt. Dann wurde aufgrund des Keimskandals im Klinikum Mitte die Neonatologie in Nord wieder eröffnet. Da das Klinikum Nord seit Jahren rote Zahlen schreibt, soll dies mit der Neuorganisation der Gesundheit Nord verbessert werden. Er betont, dass von dieser Neuorganisation die Bürger von Bremen-Nord aber auch die Mitarbeiter des Klinikums betroffen sind.

Herr Senator Dr. Schulte-Sasse eröffnet seine Rede mit einer Erklärung zur Wirtschaftlichkeit der Bremer Kliniken und erklärt, dass das Klinikum Mitte und Nord seit Jahren rote Zahlen schreiben, was bei der bekanntlich schlechten Haushaltslage von Bremen nicht tragbar sei. Weiter teilt er mit, dass der Senat eine Neuordnung der Gesellschaftsstruktur der kommunalen Kliniken beschlossen hat. Dieser Beschluss betrifft allerdings nur die Frage der

Neuorganisation der vier städtischen Kliniken für die Zukunft. Beschlossen wurde, dass es keine vier getrennten Gesellschaften, sondern nur eine Klinikgesellschaft in kommunaler Trägerschaft geben wird. Ziel des Zusammenschlusses ist, der GeNo-Häuser eine Struktur zu schaffen, die es erlaubt, schnell und vernünftig Entscheidungen zu treffen und umzusetzen. Auf den Bestand der Kliniken und deren grundsätzliche Ausstattung habe der Beschluss keine Auswirkungen. Detailliertere Aspekte seien der „Medizinstrategie 2017“ vorbehalten, die sich derzeit noch in einem Entwurfsstadium befindet. Er erklärt, dass der Geno-Aufsichtsrat sich Ende März 2014 mit der Medizinstrategie befassen wird und erst dann werden weitere Arbeitsschritte beschlossen. Er betont, dass kein Krankenhaus zur Disposition stehe und jedes eine wohnortnahe Regelversorgung bieten werde. Anhand einer Powerpoint-Präsentation erläutert Herr Senator Dr. Schulte-Sasse nun die momentane Lage sowie die künftige Ausrichtung der vier Bremer Kliniken. Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt.

Frau Dervedde betont, dass aufgrund der Entwicklung der Krankenhäuser im niedersächsischen Umland, das Klinikum Nord mittelfristig eine gute Perspektive hat. Zum künftigen Angebot im Klinikum Bremen-Nord stellt sie unter anderem die Wiedereinrichtung eines Brustzentrums in Aussicht. Zudem soll die Gastroenterologie (Fachgebiet für Erkrankungen von Magen und Darm) weiterentwickelt und die Unfallchirurgie unterstützt werden. Weiter teilt sie mit, dass in Absprache mit dem Klinikum Bremen-Ost der Aufbau einer Kinder- und Jugendpsychiatrie auf der Agenda steht, wie auch eine Unterstützung der Geriatrie.

Herr Glasmeyer betont, dass es gelungen ist, eine deutliche Verbesserung zu erreichen. Er weist darauf hin, dass die Aussage, dass die Einweisungen in das Klinikum Nord sich verringert haben, nicht zutreffend ist.

Auf die Frage von Frau Krüger-Schurr nach der Gefäßchirurgie erklärt Frau Dervedde, dass auch ein Gefäßzentrum aufgebaut werden kann.

Frau Sprehe erklärt, dass die SPD-Beiratsfraktion grundsätzlich die Sicherung der vier kommunalen Kliniken im Rahmen einer Einheitsgesellschaft begrüßt und eine Privatisierung aufs Schärfste ablehnt. Sie vermisst allerdings die Einführung einer Stroke Unit, denn zur Zeit müssen die Schlaganfallpatienten ins Klinikum Links der Weser transportiert werden.

Herr Buchholz begrüßt die teilweise Rückkehr des Brustzentrums nach Bremen-Nord. Er warnt aber nachdrücklich vor einer Aufgabe der Selbständigkeit des Klinikums und erklärt, dass vielmehr alle Möglichkeiten zu prüfen sind, ob und unter welchen Bedingungen dieses Klinikum gemeinsam mit einem starken Partner den Weg in eine echte Selbständigkeit antreten kann. Er fordert, die in der letzten gemeinsamen Sitzung der Beiräte Blumenthal, Burglesum und Vegesack im August 2009 aufgestellten drei Forderungen wie die Schaffung einer „Stroke-Unit“, eine Minikardiologie und ein schlüssiges Personalkonzept für das Klinikum Bremen-Nord, endlich einzulösen. Er bittet um Aufklärung, ob es die „Stroke Unit“ geben wird und wenn ja, wann und in welchem Umfang. Weiter kritisiert er das Personalkonzept im Hinblick auf die Spitzengehälter des Personals der GeNo. Ziel der FDP-Fraktion ist es, die drei Bremen-Norder Beiräte davon zu überzeugen, das Klinikum Bremen-Nord in eine totale Selbständigkeit zu entlassen.

Herr Kiener kritisiert, dass man versucht über einen riesigen Betrieb sämtliche Konkurrenten auszuschalten. Er ist der Ansicht, dass selbstverständlich den Patienten die Möglichkeit gegeben werden muss, sich für ein Krankenhaus zu entscheiden. Er erklärt, dass er mehr zu privat geführten Unternehmen tendiere.

Herr Schwarz stellt fest, dass einige Forderungen, die in dem gemeinsamen Antrag aufgeführt wurden, bereits zugesagt wurden. Wichtig ist es nun, darauf zu achten, dass

diese Ankündigungen auch wirklich eingehalten werden. Er steht dem Gesamtverbund positiv gegenüber. Er hinterfragt, wie die Kosten für den Neubau des Klinikums Bremen-Mitte in diesem Gesamtgesellschaftskonstrukt abgedeckt werden.

Herr Pörschke ergänzt die Ausführungen von Herrn Buchholz mit dem Hinweis auf die Sitzung im November 2011, in der der Beirat Blumenthal die Implementierung einer Palliativstation und eines Hospizes einstimmig verlangte. Er bittet um Übernahme dieser Detailpunkte in den vorgetragenen gemeinsamen Antrag der SPD und CDU.

Frau Krohne schließt sich den bisherigen Ausführungen an und bedankt sich für die klaren Aussagen. Sie teilt mit, dass sie gegen eine Zusammenlegung der Kliniken ist und würde ein eigenständiges, städtisches Krankenhaus in Bremen-Nord begrüßen. Sie wünscht sich eine größere Transparenz und außerdem die Einrichtung einer Pathologie im Klinikum Nord.

Herr Hornhues weist darauf hin, dass den Beiräten nun die neueste Version des gemeinsamen Antrages der SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen zur Abstimmung vorliegt. Weiter teilt er mit, dass eine eigene Krankenpflegeschule/Altenpflegeschule plus Weiterbildungszentrum im Klinikum Nord angesiedelt werden sollte.

Herr Senator Dr. Schulte-Sasse geht im Folgenden auf die erfolgte Diskussion ein: Er betont, dass die medizinische Strategie kein Instrument zur wirtschaftlichen Sanierung der GeNo ist.

Zur Einführung der „Stroke Unit“ oder alternativ die Einrichtung eines Telearbeitsplatzes mit der Neurologie im Klinikum Bremen-Nord für die notwendige neurologische Versorgung weist Herr Senator Dr. Schulte-Sasse darauf hin, dass der Aufbau von telemedizinischen Verbindungen auch in Bremen ein Zukunftskonzept ist.

Weiter stellt er fest, dass ein eigenständiges, selbständiges Krankenhaus Nord keinerlei Überlebenschancen hätte. Er warnt vor solchen Überlegungen und Diskussionen, weil sie nicht aufklären, sondern in die Irre führen.

Herr Senator Dr. Schulte-Sasse erklärt, dass er eine effektive Zusammenarbeit mit Niedersachsen und dem eingeschlossenen Umland für sehr wichtig hält.

Er stellt fest, dass es eine deutliche Verknappung des Angebots an ärztlichen Fachkräften gibt. Kleine Krankenhäuser, die nicht in den Zentren von größeren Städten liegen, haben es schwer, ihre offenen Stellen überhaupt zu besetzen. Das liegt auch z. T. daran, dass kleine Krankenhäuser kaum in der Lage sind, ihren jungen Assistenzärztinnen und Assistenzärzten eine Weiterbildung zum Facharzt garantieren können.

Weiter erklärt er, dass die besondere Attraktivität des Verbundes der gemeinsamen Zusammenarbeit aller vier kommunalen Kliniken darin besteht, dass jeder Assistenzärztin und jedem Assistenzarzt die Garantie gegeben werden kann, dass das gesamte Weiterbildungsspektrum der Medizin erfüllt werden kann.

Er unterstreicht noch einmal, dass man sich von der Illusion verabschieden muss, dass ein eigenständiges Krankenhaus in Bremen-Nord eine Chance hätte

Frau Darnedde geht nun auf die Fragen, die spezifisch auf die künftige, fachliche Ausrichtung orientiert sind, ein.

Zunächst erklärt sie, dass die ärztliche Versorgung für eine „Stroke Unit“ im Moment nicht realisierbar ist. Der Bedarf für diese Region wären 5 - 6 Betten für eine „Stroke Unit“ und dies ließe sich so nicht zu betreiben. Außerdem ist die Anwesenheit eines Neurologen rund um die Uhr erforderlich. Auch wenn es anteilig durch die Telemedizin abgedeckt werden kann, ist es zur Zeit personell nicht zu schaffen. Sie weist darauf hin, dass Bremen-Mitte eine der größten Schlaganfallbehandlungseinheiten Europas und zwar auf einem ganz modernen, fachlichen Niveau hat.

Zum Thema Krankenpflegeschule erklärt sie, dass für alle Kliniken der GeNo ein gemeinsames Bildungszentrum aufgebaut werden soll.

Weiter teilt sie mit, dass eine Pathologie an einem Standort aufzubauen, nicht mehr möglich ist. Um eine gute fachliche Qualität zu erreichen, ist dies nur möglich, wenn dies in Verbänden zentralisiert wird.

Zum Thema Palliativstation erklärt Frau Darnedde, dass am Krankenhaus Links der Weser die vorhandene Palliativstation erweitert wurde, weil die Klinik ein wirtschaftlich solides Haus ist, obwohl es auch dort immer schwieriger wird. Die Klinik Links der Weser macht jährlich Verluste mit der Palliativversorgung. Als kommunales Unternehmen hat die GeNo die bewusste Entscheidung getroffen, dass das wirtschaftlich stärkste Haus es sich leisten können muss, auch einmal mit solchen Angeboten einen Verlust zu machen. Das kann sich aber das Klinikum Nord nicht leisten.

Herr Nowack drängt darauf, hier im Klinik Nord eine „Stroke Unit“ einzurichten. Er drängt darauf, nicht nur nach wirtschaftlichen Aspekten zu prüfen, sondern nach dem Aspekt, was den Menschen in dieser Stadt zuzumuten ist.

Der Vorsitzende gibt nun dem Publikum die Gelegenheit, sich inhaltlich in die Diskussion einzubringen. Folgende Einwände wurden vorgebracht:

Es wird darauf hingewiesen, dass Ärzte u. Krankenschwestern aufgrund des Personalmangels überfordert sind. Es wird daran appelliert, dass der Standort Nord wieder der wird, der er einmal war.

Von Seiten des Betriebsrates des Klinikums Nord wird kritisiert, dass der Informationsfluss nicht ausreichend ist. Es müssen Arbeitsplätze hier in Nord erhalten bleiben.

Eine Bürgerin, die als Krankenschwester im Klinikum Nord tätig ist, weist darauf hin, dass der vor einiger Zeit vorgenommene Personalabbau immer noch nachwirkt. Sie hinterfragt, ob die Aussage, dass die Entscheidungswege bei einer Einheitsgesellschaft schneller sein werden, sich nur auf den medizinischen Bereich oder auch auf den Personalbereich bezieht.

Frau Goecke vom Ärztenetz Bremen-Nord teilt mit, dass es notwendig ist, Investitionen zu tätigen sowohl für den Chefarzt als auch für die medizinischen Geräte. Es sollten Entscheidungen für Investitionen schnell getroffen werden. Sie betont, dass viele Patienten sich hier sehr gut versorgt fühlen.

Ein Bürger findet es sehr bedauerlich, dass das Krankenhaus Nord in den letzten Jahren so heruntergewirtschaftet worden ist. Er kritisiert, dass Bürokraten über fachliche Dinge entscheiden, die dann aber Konsequenzen für die Versorgung der Bevölkerung haben. Weiter kritisiert er, dass vom Krankenhaus selbst keine Stellungnahme vorliegt. Er bedauert, dass die Fachleute aus der Diskussion herausgehalten wurden.

Ein weiterer Bürger weist ebenfalls auf das fehlende Pflegepersonal hin.

Weiter wird von einem Bürger bemängelt, dass der Versuch, die Investitionskosten von den Krankenkassen zu erhalten, gescheitert ist. Dadurch werden die Defizite weiter auflaufen. Er weist darauf hin, dass die privaten Kliniken sich ausdehnen und gut entwickeln können..

Herr Schupp merkt an, dass die Gleichbehandlung der Patienten nicht gegeben ist, wenn ein Patient aus Nord erst in das „Stroke Unit“ nach Bremen-Mitte gefahren werden muss.

Herr Senator Dr. Schulte-Sasse geht zunächst auf den Beitrag des Betriebsrates ein, der kritisiert hatte, dass die Informationen zu spät in die Belegschaft gekommen sei. Er unterstreicht, dass die erste Information, die der Aufsichtsrat als Gremium zu diesem Thema bekommen hat, am Freitag letzter Woche erhalten hat. Das heute schon über das Thema beraten wird, obwohl nicht einmal ein Beschluss des Aufsichtsrates vorliegt, hält der Senator für einen sehr schnellen Informationsfluss.

Auf die Kritik, dass das Personal nur aus der Presse oder dem Fernsehen Informationen erhält erklärt der Senator, dass die in der Sondersitzung des Aufsichtsrates vorliegenden Unterlagen für die Mitglieder des Aufsichtsrates ausdrücklich mit dem Vermerk „streng vertraulich“ versehen waren. Es wurde mit den Mitgliedern des Aufsichtsrates die Absprache getroffen, dass man der Geschäftsleitung der GeNo die Möglichkeit geben sollte, die betroffenen Chef-Ärzte, die betroffenen Geschäftsführungen der vier Krankenhäuser und auch die Beschäftigten zu informieren, bevor man an die Presse geht. Leider war die Presse schon kurz darauf detailliert darüber informiert, was im Aufsichtsrat besprochen worden ist. Er bedauert diese Entwicklung sehr, weil sie eine klare Absprache vernichtet hat. Zur mehrfach gestellten Frage bezüglich des Personalmangels bestätigt er, dass es an Personal fehlt und erklärt, dass dieser Personalmangel seine Gründe darin hat, dass das Finanzierungssystem für deutsche Krankenhäuser eine auskömmliche Finanzierung des Personals vor allem des Pflegepersonals nicht mehr ermöglicht. Deshalb ist eine dringende Korrektur diesbezüglich auf Bundesebene erforderlich. Das Land Bremen hat noch in der letzten Legislaturperiode in 2011 einen Antrag in den Bundesrat eingebracht und die damalige Bundesregierung aufgefordert, die Finanzierungsgrundlagen für die deutschen Krankenhäuser vor allem im Hinblick auf die Personalausstattung zu verbessern. Dieser Antrag fand keine Resonanz. Im jetzigen Koalitionsvertrag gibt es eine Passage, die deutlich macht, dass dieses ändern wird. Er weist darauf hin, dass Bremen im Vergleich mit anderen Krankenhäusern in Deutschland durchschnittlich ausgestattet ist. Zu der Frage der Investition teilt Herr Senator Dr. Schulte-Sasse die Meinung, dass insgesamt in Deutschland zu wenig staatliche Mittel an die Krankenhäuser gehen, damit diese investieren können. Er weist aber darauf hin, dass Bremen in dem jetzt geltenden Doppelhaushalt den Ansatz für die Investitionsführung der Krankenhäuser um 30 % gesteigert. Damit liegt Bremen mit dieser Steigerung in der Rangfolge der Bundesländer an 4. Stelle.

Frau Darnedde betont noch einmal zum Thema „Stroke Unit“, dass es nicht darum gehe, dass die GeNo Kosten scheut oder hochwertige Versorgung vorenthalten will. Die Botschaft, dass es zur Zeit personell nicht schaffen ist, da für eine Stroke Unit, die Anwesenheit eines Neurologen rund um die Uhr erforderlich wäre.

Der Vorsitzende unterbricht bis 21.30 Uhr die Sitzung.

Er erinnert an die eingangs genannten vorliegenden Anträge und Anfragen der drei Beiratsfraktionen Burglesum, Vegesack und Blumenthal und bittet darum, die Pause zu nutzen, um weitest gehende Übereinstimmung feststellen zu können.

Der Vorsitzende eröffnet nun erneut die Sitzung und teilt zunächst mit, dass Frau Müller-Lang und Herr Buchholz von der FDP Burglesum und Vegesack in der Pause die Erklärung abgegeben haben, dass bei einem mehrheitlichen Beschluss des gemeinsamen Antrages von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen, der Antrag der FDP obsolet ist, weil er inhaltlich komplett gegen das spräche, was diese beschlossen hätten, so dass dann eine Abstimmung dieser Anträge in Burglesum und Vegesack auch nicht mehr erfolgt.

Herr Hornhues verliest den folgenden gemeinsamen Antrag der CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen:

Für die Zukunftssicherung des KBN unter den Prämissen „gute medizinische Versorgung“ sowie „Sicherung attraktiver Arbeitsplätze im medizinisch-pflegerischen Bereich“ wird gefordert:

- Bestand und Erweiterung des Leistungsspektrums des KBN für eine bestmögliche Grund- und Notversorgung für eine Bevölkerung von weit mehr als 100.000 Einwohnern im Bremer Norden und der Region
- Die Profilbildung zu einem Zentrum für Gefäßmedizin

- Die Zusammenfassung der Kliniken für Pädiatrie und Geburtshilfe zu einem Eltern- und Kinderzentrum
- Die Einführung einer Stroke Unit (Schlaganfalleinheit) und alternativ die Einrichtung eines Telearbeitsplatzes mit der Neurologie im KBM für die notwendige neurologische Versorgung
- Die Ausweitung und Profilierung der altersmedizinischen Versorgung auch in den Kliniken für Innere Medizin und Chirurgie
- Die Einrichtung einer Palliativstation
- Der Ausbau der tagesklinischen Versorgung in der Kinder- und Jugendpsychiatrie
- Die Einrichtung eines Brustzentrums
- Die Beibehaltung bereits spezialisierter Krankheitsbereiche, wie z.B. Unfallchirurgie und Diabetes
- Die Vorhaltung der erforderlichen medizinischen Geräte im psychiatrischen Behandlungszentrum Aumunder Heerweg zur Vermeidung unnötiger Patiententransporte
- Keine Veränderungen des Leistungsspektrums des Klinikums Bremen-Nord, die ein wirtschaftliches Arbeiten noch schwieriger machen.

Um dauerhaft attraktiv zu sein für Ärztinnen/Ärzte sowie für die medizinisch-pflegerischen Berufe, sind darüber hinaus folgende Schritte zu prüfen:

- Kooperation mit dem angeschlossenen Fachärzteezentrum verbessern
- Kooperation mit Universitäten und Hochschulen suchen: Uni Oldenburg (Medizin), Appollon-Hochschule Bremen (Gesundheitswirtschaft), Uni Bremen (Institut für Public Health)
- Eigene Krankenpflegeschule/Altenpflegeschule plus Weiterbildungszentrum im KBN einrichten.
Bundes- und landesweit ist die sogenannte „Generalistische Ausbildung“ im Kommen (Zusammenschluss von Krankenpflege und Altenpflege plus Spezialisierungen).

Es wird die Weitergeltung der Tarifverträge in der Einheitsgesellschaft gefordert, darüber hinaus sollten Arbeitnehmervertreter aller bisherigen Gesellschaften der Gesundheit Nord Klinikverbund Bremen im neuen Aufsichtsrat der Einheitsgesellschaft vertreten sein.

Der Senat wird weiterhin aufgefordert, die im Rahmen der Entwicklung des medizinischen Zukunftskonzepts entstehenden betriebsbedingten Investitionen zu finanzieren und die Entscheidungsprozesse und deren Ergebnisse bis Ende März den Beiräten zu berichten.

Der Vorsitzende lässt nun getrennt nach Beiräten über den Antrag der CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Ergebnis:

Beirat Burglesum

Mit 1 Enthaltung und 1 Gegenstimme wurde der Antrag beschlossen.

Beirat Vegesack

Mit 1 Stimme dagegen und 3 Enthaltungen wurde der Antrag beschlossen.

Beirat Blumenthal

Mit 1 Enthaltung wurde der Antrag einstimmig beschlossen.

Aufgrund der Erklärung, die Frau Müller-Lang und Herr Buchholz abgegeben haben, ruft der Vorsitzende nun die Anträge der FDP-Fraktion Burglesum und Vegesack nicht mehr zur Abstimmung auf. Er lässt über den Antrag der Fraktion Die Linken für die Beiräte Burglesum und Blumenthal abstimmen.

Frau Krohne begründet den Antrag damit, dass die Fraktion Die Linken die Bildung einer Gesamtdachorganisation für die vier städtischen Kliniken ablehnt, da dieses nur wieder unnötig Geld verschlingt und nichts einbringt. Die Verflechtungen und Abhängigkeiten sind sowohl für Beiratspolitiker als auch für Bürger in vielen Punkten unverständlich und undurchsichtig. Im Weiteren verliert Frau Krohne den Antrag der Fraktion Die Linken.

Hierüber lässt der Vorsitzende abstimmen.

Ergebnis:

Beirat Burglesum

Mit 2 Stimmen dafür ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Beirat Blumenthal

Mit 1 Stimme dafür und 3 Enthaltungen ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Der Vorsitzende weist zunächst darauf hin, dass lt. Beirätegesetz für Anfragen nicht die Mehrheiten ausschlaggebend sind. Ein Viertel der Beiratsmitglieder muss dieser Anfrage zustimmen. Das wären für den Beirat Burglesum mit 17 Beiratsmitglieder fünf Stimmen und für den Beirat Blumenthal mit 16 Beiratsmitgliedern 4 Stimmen, die der Anfrage zustimmen müssen.

Frau Krohne trägt nun die Anfrage der Fraktion Die Linken vor.

Der Vorsitzende lässt über die Anfrage der Fraktion die Linken abstimmen.

Ergebnis:

Beirat Burglesum

Mit 2 Stimmen dafür wurde die Anfrage abgelehnt.

Beirat Blumenthal

Mit 2 Stimmen dafür und 1 Enthaltung wurde die Anfrage abgelehnt.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 21.45 Uhr.

gez.
Dornstedt
Vorsitzender

gez.
Kolossa
Schriftführerin

gez.
Sprehe
Beiratssprecherin